



Schüler als Streitschlichter ausbilden – auch das ist ein Teil des Projekts „Demokratie leben & lernen“.

Demokratie fängt im Kopf an

(cb). Das von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) gestaltete Programm „Demokratie leben & lernen“ und die Initiative „Demokratisch Handeln“ unterstützen und gestalten die Demokratieerziehung an Schulen. Beide Projekte laufen in Kürze aus – was danach kommt ist ungewiss. Doch Erfolge im Kampf gegen Rechtsextremismus sind nur durch Kontinuität und Nachhaltigkeit zu erzielen.

Ein Schüler ist schwarz und kommt aus Afrika, die anderen sind Deutsche und weiß. Wie fühlt sich das einzige ausländisch aussehende Kind in einer solchen Schulklasse? „Wichtig ist, dass Kinder lernen, die Perspektive zu wechseln und ihre Bedürfnisse zu äußern“, so Christiane Giese vom Projekt „Demokratie lernen & leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK). Seit fünf Jahren fördert und gestaltet das BLK-Programm an 175 Schulen in 13 Bundesländern Projekte, die das Verhalten der Schüler reflektieren und zu demokratischem Bewusstsein führen. Federführend entwickelt hat das Projekt Professor Dr. Wolfgang Edelstein. 60 so genannte Demokratiebausteine wurden initiiert, zum Beispiel der demokratische Umgang mit Unterrichtsstörungen oder soziales Lernen als Teil des Schulprogramms. Welche Schulen teilnehmen dürfen, entscheiden in der Regel die Kultusministerien der einzelnen Bundesländer.

Lehrerfortbildung ist zentraler Bestandteil

Auch Lehrer und Schulleiter wurden und werden fortgebildet, und das ist sogar ein Schwerpunkt von „Demokratie lernen & leben“. „Es geht vor allem um die Kompetenz

der Lehrer, Demokratie zu praktizieren“, so Christiane Giese, die die Lehrerfortbildung mit entwickelt hat. Wie stark sich die einzelnen Bundesländer engagieren, ist regional sehr unterschiedlich. Während in Berlin etwa gerne davon geredet werde, Schüler als Streitschlichter auszubilden, sei man in Hessen weiter. Dort nähmen dreißig Prozent der Lehrer an einem Basistraining sowie Mediation teil. „Schließlich vermitteln die Lehrer die Werte“, so die 56-Jährige.

Schulentwicklungsprogramm heißt denn auch das Zauberwort der BLK-Demokratie-Koordinierungsstelle in Berlin. „Wir verändern nicht das deutsche Schulsystem“, betont Giese, sondern es würden Kompetenz und Haltung im Umgang mit Kollegen und Schülern vermittelt: „Dabei geht es nicht um die bloße Wissensvermittlung im Unterricht, wie etwa im Fach Ethik, sondern um die Erfahrungen im Lebensraum Schule.“

Nebeneinander von verschiedenen Projekten

Nicht nur so genannte Leuchtturmschulen beteiligen sich an dem Projekt. Die Reutlinger Eduard Spranger Grund- und Hauptschule wurde vom Kultusministerium

Baden-Württemberg ausgesucht für ein Mentorenprojekt. Schüler der achten Klasse kümmern sich hier seit 2004 um jüngere Mitschüler mit Migrationshintergrund. Sie besuchen einmal in der Woche das Kind in der Familie, machen mit ihm Hausaufgaben und helfen beim Erlernen der deutschen Sprache. Schulleiter Peter Kick sieht das Projekt positiv, schließlich hat die Schule dadurch auch an Renommee in der Öffentlichkeit gewonnen. Was ihn stört ist allein die Tatsache, dass es zu wenig Koordination zwischen den einzelnen Demokratie-Plattformen gibt. In Reutlingen und dem benachbarten Tübingen existiert schon seit 1997 das Projekt Demokratische Erziehung in Unterricht und Schulleben (DES). „Oft unternehmen die Schulen selber schon längst etwas, ohne dass das Kultusministerium etwas davon mitbekommt“, sagt Peter Kick. Schließlich seien die Schulen ja nicht stehen geblieben und würden Mittel und Wege selber suchen, um aktuelle Konflikte und Probleme zu lösen. Als positiv sieht Kick, dass die Förderung der BLK-Projekte über einen längeren Zeitraum gewährleistet ist: „Das sind keine Strohfeuer, die schnell lodern und dann wieder verpuffen.“

Dokumentation der Ergebnisse wichtig

Doch für das BLK-Projekt läuft die Zeit ab und damit für die geförderten Projekte. Eine Anschlussinitiative ist derzeit nicht in Sicht. Darum werden andere Projekte umso wichtiger. Allerdings stehen auch sie auf der Kippe, wie die Initiative „Demokratisch Handeln“ mit Sitz in Jena zeigt. Schulen können sich hier im Rahmen einer Ausschreibung mit ihrem Projekt bewerben. Als Belohnung für herausragendes Engagement gibt es für jeweils 50 Projekte eine Werkstatt mit Fortbildungsprogramm für die Schüler. So wurde im vergangenen Jahr ein Projekt gefördert, in dem Schüler der Regionalen Schule in Gelbensande (Mecklenburg-Vorpommern) einen Lehrpfad zur Geschichte des örtlichen Konzentrationslagers anlegten. Eine Abiturklasse des Bremer Gymnasiums Horn initiierte wiederum eine Veranstaltung im örtlichen Rathaus, in der die Geschichte von Sinti und Roma im Rahmen einer szenischen Lesung dargestellt wurde.

Auch Lehrerfortbildung wird angeboten, etwa zum Thema Dokumentation. „Es ist wichtig, Projekterfahrungen und -ergebnisse zu veröffentlichen“, meint Dr. Wolfgang Beutel, Geschäftsführer der Initiative „Demokratisch Handeln“. Auch damit an Schulen nicht immer wieder von vorne angefangen werde. Das Dilemma: Lehrer verlassen die Schule, neue kommen hinzu – die gewonnenen Erkenntnisse, zum Beispiel über die Steuerung sozialen Verhaltens, sollen aber bleiben.

Ganz leicht ist die Arbeit mit den Schulen nicht. „Demokratie ist kein Selbstläufer“, sagt Dr. Beutel. Immer wieder müsse man Partner akquirieren, Lehrer überzeugen

und Schüler motivieren, etwas zu tun. Regional gebe es große Unterschiede. „In Nordrhein-Westfalen herrscht eine bunte Reformtradition, da gibt es mehr Schulen, die offen sind“, sagt der Experte. Allein die multikulturelle Gesellschaft an vielen Schulen fordert hier die Förderung von Toleranz und Miteinander beim Lernen. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen gestalte sich die Zusammenarbeit mit Schulen schwierig. „Wir haben dort einfach weniger Kontakte zu den Schulen“, stellt Dr. Beutel fest. Der Aufwand, diese Kontakte intensiv aufzubauen, sei mit den gegenwärtig vorhandenen Mitteln nicht zu bezahlen.

Sehr kritisch sieht diese Entwicklung auch Professor Wolfgang Edelstein von „Demokratie lernen & leben“: „Gegen Rechtsextremismus wurde mit dem BLK-Projekt bislang nichts bewirkt.“ Gerade, weil die Kultusministerien die Schulen selber für die Demokratieprojekte ausgesucht hätten, sei eine Schiefelage entstanden. „Die Schulen, die es besonders nötig haben, wurden häufig nicht berücksichtigt“, ist Edelsteins Fazit. Er sieht denn auch nach wie vor dringend Handlungsbedarf, gerade im Osten Deutschlands. „Die Elternhäuser machen ihre Kinder nicht zu Nazis“, betont der Professor. Die meiste Zeit tagsüber verbrachten Heranwachsende schließlich in der Schule, für Edelstein eine starke Prägung. «

Fazit

Was nach den Projekten wie „Demokratie lernen & leben“ oder „Demokratisch Handeln“ kommt, ist ungewiss. Aufgrund der anstehenden Reform der Bund-Länder-Kommission sind die Gelder nur noch bis März 2007 bewilligt. Professor Edelstein sieht in der zeitlichen Begrenzung denn auch das größte Problem: „Die Politik erwartet schnelle Lösungen von Projekten wie unseren.“ Erfolge seien aber nur durch Kontinuität und Nachhaltigkeit zu erzielen, denn „sonst beginnen wir jedes Mal wieder von vorn.“

www.demokratisch-handeln.de
www.blk-demokratie.de

Ansprechpartnerin

Maren Dors
 Telefon: 07 11-66 72-18 87, m.dors@klett.de